

2. Landesparteitag, 3. Tagung der Partei DIE LINKE. Thüringen
28. Mai 2011, Sömmerda

Beschluss des Landesparteitages zu :

Auch in der Thüringer LINKE ist kein Platz für Antisemitismus

Es gehört zum Bestand LINKER Grundpositionen, gegen jede Form von Rassismus- darin eingeschlossen jegliche Art von Antisemitismus in der Gesellschaft vorzugehen. Rechtsextremismus und Antisemitismus haben in unserer Partei heute nicht und niemals einen Platz.

Die LINKE Thüringen tritt – wie die aktive Unterstützung der Demonstration am 19.2.2011 in Dresden wieder beispielhaft gezeigt hat – mit Partnern entschieden gegen antisemitisches Gedankengut und rechtsextremistische Handlungen auf.

Beschlusslage des LINKEN Parteivorstandes vom 21.5.2011 ist, „dass Deutschland wegen der furchtbaren Verbrechen der Deutschen an den Jüdinnen und Juden während des Nationalsozialismus eine besondere Verantwortung gegenüber Israel und gegen jede Art von Antisemitismus, Rassismus, Unterdrückung und Krieg hat. Diese Verantwortung ist nicht relativierbar; sie schließt das Bemühen um einen palästinensischen Staat und die Garantie des Existenzrechtes Israels ein. Wir sehen uns in einer Doppelverantwortung und sind mit den Menschen in Israel und Palästina solidarisch. Eine einseitige Parteinahme in diesem Konflikt wird nicht zu seiner Lösung beitragen.“, auf Basis des Beschlusstextes der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag vom 20. April 2010, den der Landesparteitag sich nun durch Beschluss auch für Thüringen zu eigen macht!

In Richtung eines palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 zielt auch der Vorschlag des US-Präsidenten Obama. DIE LINKE tritt für Gewaltverzicht auf diesem Wege ein.

Die LINKE steht dafür, dass aus Deutschland keine Waffenexporte in den Nahen Osten getätigt werden und das die gesamte Region zur Atomwaffen freien Zone werde!

Boykottkampagnen gegen israelische Waren halten wir in Deutschland vor dem Hintergrund unserer spezifischen Geschichte für ein völlig ungeeignetes Mittel der Auseinandersetzung mit israelischer Regierungspolitik und beteiligen uns nicht daran. Wir weisen zurück, wenn berechtigte Kritik an der Politik der israelischen Regierung in Antisemitismus umgedeutet wird. Ebenso weisen wir pauschale Vorwürfe eines angeblichen Vormarsches antisemitischer Positionen in der LINKEN zurück.

mehrheitlich beschlossen